

► Inhalt

► Einführung in das Gesellschaftsrecht

Lektion 1: Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)	7
A. Begriff und Entstehungsvoraussetzungen	7
I. Gesellschaftsvertrag	7
II. Gemeinsamer Zweck	7
III. Förderung des Zwecks	10
B. Die fehlerhafte Gesellschaft	10
I. Unwirksamkeit des Gesellschaftsvertrags	10
II. Probleme, die sich aus dem Vollzug ergeben	10
III. Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft	11
1. Rechtsfolgen dieser Lehre	11
2. Voraussetzungen	12
a) Fehlerhafter Gesellschaftsvertrag	12
b) In Vollzug gesetzt	12
c) Keine entgegenstehenden überwiegenden Interessen	12
C. Die Geschäftsführung der GbR	15
I. Verhältnis der Gesellschafter untereinander	15
II. Abweichende Regelung im Gesellschaftsvertrag	15
III. Notgeschäftsführungsrecht, § 744 II BGB analog	15
D. Die GbR im Rechtsverkehr	17
I. Die Vertretung	17
II. Die Rechtsfähigkeit der GbR	18
1. Früher herrschende Ansicht	18
2. Heute herrschende Ansicht	18
III. Haftung für Verbindlichkeiten der GbR	18
1. Haftung der GbR	19
2. Die Haftung der Gesellschafter	22
E. Die Beendigung der Gesellschaft	25
I. Auflösungsgründe	25
II. Auseinandersetzung	26
III. Der Tod eines Gesellschafters	27
1. Regelmäßige Rechtsfolge bei Tod eines Gesellschafters	27
2. Besondere Klauseln im Gesellschaftsvertrag	28
a) Fortsetzungsklausel	29
b) Eintrittsklausel	30
c) Nachfolgeklausel	31

Lektion 2: Die Offene Handelsgesellschaft (OHG)	34
A. Entstehungsvoraussetzungen	34
B. Die fehlerhafte Gesellschaft	39
C. Das Innenverhältnis der OHG	39
D. Die OHG im Rechtsverkehr	44
E. Die Beendigung der OHG	53
Lektion 3: Die Kommanditgesellschaft (KG)	56
A. Entstehungsvoraussetzungen	56
B. Das Innenverhältnis der KG	56
C. Die KG im Rechtsverkehr	57
D. Die Beendigung der KG	66
Zusammenfassende Übersicht: Die Personengesellschaften	68
Lektion 4: Die GmbH & Co. KG	69
A. Begriff und Gesellschaftsstruktur	69
B. Das Innenverhältnis der GmbH & Co. KG	70
C. Die GmbH & Co. KG im Rechtsverkehr	71
D. Die Beendigung der GmbH & Co. KG	73
Lektion 5: Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	74
A. Entstehungsvoraussetzungen	74
I. Gesellschaftsvertrag	74
II. Gesellschafter	74
III. Stammkapital	75
IV. Anmeldung	75
B. Phasen der GmbH-Gründung	75
I. Die Vorgründungsgesellschaft	76
II. Die Vor-GmbH	76
III. Die GmbH	
C. Die Vor-GmbH	76
I. Rechtsnatur der Vor- GmbH	76
II. Die Vor-GmbH im Rechtsverkehr	77
III. Das Ende der Vor-GmbH	83
D. Die GmbH	83
Lektion 6: Die Aktiengesellschaft (AG)	88
Lektion 7: Weitere Gesellschaften	91
A. Die Partnergesellschaft	91
B. Die stille Gesellschaft	91
C. Die Genossenschaft	92
D. Die KGaA	93

Lektion 1: Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)

Die GbR nach **§§ 705 ff. BGB** (auch BGB-Gesellschaft genannt) ist die Grundform der Personengesellschaften. Sie bildet die Grundlage für die Offene Handelsgesellschaft (OHG) und die Kommanditgesellschaft (KG), die beide im HGB geregelt sind.

A. Begriff und Entstehungsvoraussetzungen

Die Definition und die Voraussetzungen einer GbR lassen sich aus **§ 705 BGB** entnehmen. Danach ist eine GbR eine

- auf einem Gesellschaftsvertrag beruhende
- Vereinigung von mindestens 2 Personen
- zur Förderung eines gemeinsam verfolgten Zwecks.

I. Der Abschluss des **Gesellschaftsvertrags** erfolgt nach den allgemeinen Vorschriften der **§§ 145 ff. BGB**. Eine besondere Form für den Gesellschaftsvertrag ist nach **§ 705 BGB** nicht vorgeschrieben. Er kann also auch stillschweigend geschlossen werden. Eine Ausnahme von diesem Grundsatz gilt nur dann, wenn der Vertrag ein formbedürftiges Leistungsversprechen enthält. In diesem Fall bedarf der gesamte Vertrag der Form, die das Gesetz für das Leistungsversprechen vorschreibt.

Beispiel 1: P und Q beschließen, eine Grundstücksverwaltungsgesellschaft zu gründen. Im Gesellschaftsvertrag verpflichtet sich P, mehrere Grundstücke an die Gesellschaft zu übereignen. In diesem Fall bedarf der Gesellschaftsvertrag nach **§ 311b I 1 BGB** der notariellen Form.

II. Als **gemeinsamer Zweck** kommt jede Betätigung in Betracht, die nicht gegen ein gesetzliches Verbot oder die guten Sitten verstößt. Auch ist es unerheblich, ob diese Betätigung dauerhaft oder vorübergehend ist oder ob ein rein ideeller Zweck verfolgt wird.

Beispiel 2: C, D und E beschließen, gemeinsam ein Segelboot für einen Urlaub zu mieten. Die anfallenden Kosten sollen dabei gleichmäßig aufgeteilt werden. Hier haben C, D und E eine GbR mit dem Zweck „Segelurlaub“ gegründet.

Die Prüfung des gemeinsamen Zwecks kann problematisch sein, wenn ein Recht oder Vermögensgegenstand mehreren gemeinschaftlich zusteht. In diesem Fall ist es erforderlich, zwischen dem Vorliegen einer GbR und einer schlichten **Rechtsgemeinschaft i.S.d. §§ 741 ff. BGB** abzugrenzen.

Dabei kann von dem Vorliegen einer GbR ausgegangen werden, wenn die Beteiligten einen Zweck verfolgen, der über das gemeinsame *Halten und Verwalten* eines Gegenstandes hinausgeht. Fehlt ein solcher Zweck, kann eine GbR vorliegen, wenn das Halten und Verwalten des Gegenstandes ausdrücklich als gemeinsamer Zweck vereinbart worden ist. Ohne eine solche ausdrückliche Vereinbarung liegt keine GbR, sondern bloß eine Rechtsgemeinschaft i.S.d. §§ 741 ff. BGB vor.

Beispiel 3: Die Landwirte A und B beschließen, gemeinsam einen neuen Traktor anzuschaffen. Jeder soll dabei die Hälfte der Anschaffungs- und Unterhaltskosten übernehmen. A und B wollen den gemeinschaftlich angeschafften Traktor nicht nur bei der Arbeit auf Ihren Bauernhöfen einsetzen, sondern auch mit ihm als Team an Wettbewerben im Wettpflügen (diese Sportart gibt es tatsächlich) teilnehmen. Haben A und B eine GbR gegründet ?

Eine GbR liegt vor, wenn A und B sich in einem Vertrag verpflichtet haben, einen gemeinsamen Zweck zu verfolgen und zu fördern, vgl. § 705 BGB.

1. Die Abrede, sich gemeinsam einen Traktor anzuschaffen, kann als Vertragsschluss angesehen werden. Ein entsprechender Rechtsbindungswille von A und B ist wegen des finanziellen Aspektes anzunehmen.

2. A und B müssen einen *gemeinsamen Zweck* verfolgen. A und B wollen mit dem Traktor an Wettbewerben im Wettpflügen teilnehmen. Dieser Zweck geht über das bloße Halten und Verwalten des Traktors hinaus. A und B verfolgen somit einen gemeinsamen Zweck.

3. Diesen gemeinsamen Zweck fördern A und B, indem sie die anfallenden Kosten je zur Hälfte übernehmen.

4. A und B haben somit eine GbR gegründet.

Beispiel 4: A und B haben gemeinsam einen neuen Traktor erworben. Sie vereinbaren aber nur, wie die Anschaffungs- und Unterhaltskosten aufgeteilt werden sollen. Außerdem wird bestimmt, wer zu welchen Zeiten den Traktor in seinem Betrieb nutzen darf. Haben A und B eine GbR gegründet ?

Eine GbR liegt vor, wenn A und B sich in einem Vertrag verpflichtet haben, einen gemeinsamen Zweck zu verfolgen und zu fördern, vgl. § 705 BGB.

1. Ein Vertrag zwischen A und B liegt vor (s.o.).

2. Fraglich ist jedoch, ob A und B einen gemeinsamen Zweck verfolgen.

a) A und B haben keinen Zweck vereinbart, der über das bloße Halten und Verwalten des Traktors hinausgeht.

b) Das Halten und Verwalten einer Sache kann zwar einen gemeinsamen Zweck i.S.d. § 705 BGB darstellen. Dieses setzt aber voraus, dass die Beteiligten das Halten und Verwalten ausdrücklich als Gesellschaftszweck vereinbart haben. Eine solche ausdrückliche Vereinbarung zwischen A und B liegt nicht vor.

c) Hier besteht lediglich eine gleichartige Beteiligung mehrerer an einem Gegenstand, ohne dass ein weiterer Zweck gefördert werden soll. Damit liegt eine bloße *Rechtsgemeinschaft* i.S.d. §§ 741 ff. BGB vor.

3. A und B haben somit keine GbR gegründet.